

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, verlangt von Bundeskanzler Kohl, nach dem Lambsdorff-Rücktritt weitere Minister auszuwechseln: Durchsetzungskraft gefragt. Seite 1

Gerd Walter MdEP, Vorsitzender der Gruppe der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, kommentiert die Beschlüsse von Fontainebleau: EG wieder handlungsfähig, aber ohne Perspektive. Seite 3

Hans Büchler MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für innerdeutsche Beziehungen, fordert, die Münchner Umweltkonferenz auch zur Bewältigung der deutsch-deutschen Umweltprobleme zu nutzen: DDR-Signale aufnehmen. Seite 5

39. Jahrgang / 121

27. Juni 1984

Nach dem Lambsdorff-Rücktritt

Kohl muß jetzt weitere Minister auswechseln

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Mit dem Rücktritt des Grafen Lambsdorff hat eine fast siebenjährige Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft ihr Ende gefunden. Auch seine Gegner werden ihm Engagement, Argumentationskraft und Sachkunde nicht bestreiten. Das Gesamtbild seines Wirkens ist jedoch durch eine wachsende Gewerkschafts- und Arbeitnehmerfeindlichkeit und eine ideologisch bedingte Passivität gegenüber der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Darüber hinaus hat Lambsdorff sein Bild dadurch zusätzlich getrübt, daß er sich auch nach der Erhebung der Anklage an sein Amt geklammert und dadurch für sich ein Privileg beansprucht hat, das jedem Beamten in der gleichen Situation zu Recht verwehrt wird.

Unserem Gemeinwesen, aber auch Graf Lambsdorff selbst, wäre viel erspart geblieben, wenn der Bundeskanzler

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Verpflichtung
zur Verwendung
Recycling-Papier



schon damals die Kraft gefunden hätte, den Wirtschaftsminister aus seinem Amt zu entlassen.

Jetzt ist es die Pflicht des Bundeskanzlers, den Nachfolger für Graf Lambsdorff allein unter dem Gesichtspunkt der Qualifikation auszuwählen. Es wäre unverantwortlich, in einer wirtschaftlich besonders schwierigen Zeit einen Mann an die Spitze des Wirtschaftsressorts zu berufen, dem der notwendige Sachverstand fehlt. Der Bundeskanzler begeht einen weiteren Fehler, wenn er demgegenüber Koalitionserwägungen und den verzweifelten Überlebensbemühungen der FDP den Vorrang gibt.

Im Interesse der Bundesrepublik läge es, wenn bei dieser Gelegenheit weitere Minister ausgewechselt würden, die sich den Anforderungen ihres Amtes nicht gewachsen gezeigt haben. So etwa die Bundesminister Wörner, Schwarz-Schilling und Engelhard. Oder auch der Staatsminister Möllemann. Es bleibt abzuwarten, ob der Bundeskanzler die dazu erforderliche Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit aufbringt.

(-/27.6.1984/ks/rs)

+ + +



Der Patient ist ruhig gestellt, aber noch nicht geheilt!

Zu den EG-Gipfel-Beschlüssen von Fontainebleau

Von Gerd Walter MdEP

Vorsitzender der Gruppe der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Fontainebleau hat die komplette Handlungsunfähigkeit der EG verhindert. Eine europapolitische Perspektive ist damit aber noch nicht verbunden. Die Enttäuschung vieler Menschen über die Fehlentwicklungen der EG - abzulesen an den Ergebnissen des 17. Juni - sitzt zu tief, als daß sie schon mit einer Einigung über den britischen Finanzausgleich überwunden wäre. Dazu bräuchten wir beispielsweise Entscheidungen über eine durchgreifende Reform der Agrarpolitik oder wirksamen grenzüberschreitenden Umweltschutz. Bei aller Genugtuung über den diplomatischen Erfolg Mitterrands: Die Details lassen befürchten, daß anti-europäische Vorurteile neue Nahrung finden:

1. Finanzausgleich mit Großbritannien

Er gibt der Gemeinschaft die dringend erforderliche Handlungsfreiheit wieder, läßt aber die Kernfrage nach der künftigen Finanzierung der Gemeinschaft und den Schwerpunkten ihrer Ausgabenpolitik unbeantwortet. Mit Nachdruck ist vor der Illusion zu warnen, daß die von den Regierungschefs beschlossene Erhöhung des Mehrwertsteuer-Anteils auf 1,4 Prozent ab 1986 die Probleme grundsätzlich löst. In diesem Zusammenhang bleibt eine Reform der europäischen Agrarpolitik unverzichtbar.

2. Deutsche Vorsteuerpauschale

Auch die Tatsache, daß der Europäische Rat Kanzler Kohl den Segen für die Aufstockung der Agrarsubvention um rund eine Milliarde DM jährlich gegeben hat, ändert nichts an der Tatsache, daß mit diesem Plan ein Rechtsbruch verbunden ist. Seine Verwirklichung setzt eine Änderung der 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie der EG voraus, zu der auch das Europäische Parlament verbindlich gehört werden muß. Da die Regelung bereits am 1. Juli in Kraft treten soll, kann diese Konsultation nicht mehr stattfinden. Das Ganze ist eine krasse Mißachtung der Rechte des Europäischen Parlaments, die auf das Konto der Bundesregierung geht. Sie zeigt, wie hohl die europapolitische Sonntagsreden von CDU/CSU/FDP sind.



Darüber hinaus ist die Gipfel-Entscheidung auch aus sachlichen Gründen verheerend, weil nicht hinreichend klar ist, wie nach dem deutschen Sündenfall ein Subventions-Wettlauf zwischen den EG-Mitgliedstaaten und damit eine Renationalisierung der Agrarpolitik verhindert werden soll.

3. Belastung der Steuerzahler

Die Beschlüsse von Fontainebleau kosten den deutschen Steuerzahler nach überschlägiger Rechnung in den nächsten sechs Jahren 50 Milliarden DM. Hinzu kommt voraussichtlich eine Erhöhung der Lebensmittelpreise, die der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) bereits empfohlen hat. Diese Opfer werden die Steuerzahler auf Dauer nicht tragen wollen, wenn für sie die Gemeinschaft nicht bald positive und spürbare Leistungen erbringt.

4. Europa der Bürger

Die Prüfungsaufträge, die der Europäische Rat unter diesem Titel zusammengefaßt hat, ist ein Auszug aus dem Sündenregister alter Versäumnisse. Von diesen Ankündigungen haben die Bürger der EG genug. Sie wollen endlich Taten.

Der Gipfel von Fontainebleau hat Ergebnisse hervorgebracht, die ebenso gut oder schlecht auch schon vor Wochen und Monaten hätten gefaßt werden können. Daß sie nun nach den Enttäuschungen von Stuttgart, Athen und Brüssel unter dem Vorsitz von Francois Mitterrand zustandekamen, ist vor allem dem diplomatischen Geschick des französischen Präsidenten zu verdanken.

Ob diese Beschlüsse als Basis für eine Gesundung der EG tragfähig sein werden, kann man hoffen, aber kaum glauben. Der Patient ist ruhig gestellt, aber noch nicht geheilt!

(-/27.6.1984/ks/rs)

+ + +



Erwartung an München

Auf der multilateralen Umweltkonferenz muß Bonn die Signale der DDR aufnehmen

Von Hans Böhler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für innerdeutsche Beziehungen

Seit langem ist man sich darüber im klaren, daß nationale Maßnahmen in den zu lösenden Umweltfragen allein nicht das Überleben von Menschen, Pflanzen und Tieren garantieren. Gerade am Umweltproblem wird zum ersten Mal offensichtlich, daß die Spezies Mensch sich nicht zurückziehen kann auf irgendwelche Gruppeninteressen, sprich Nationen, und lokale Alleingänge veranstalten darf. Am Umweltproblem wird man ermesen können, ob der Mensch endlich seine Engstirnigkeit und seine Kirchtrumpolitik überwinden kann und das wirklich in die Tat umsetzt, was er verbal schon vorweggenommen hat: Verantwortung für andere zu tragen!

Wohl zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte stehen wir vor einer doppelten Herausforderung, in der es um Alles oder Nichts geht. Das weltweite Wettüsten und die drohende Gefahr einer dauerhaften und vielleicht irreparablen Schädigung unserer Umwelt zwingen uns zu einem Handeln, das sich auch am anderen, am Mitmenschen oder an anderen Nationen, orientieren muß.

Weil die Art dieser beiden Problematiken eine völlig neue Qualität erreicht hat, müssen wir auch neue Wege gehen. Denn was wir heute, aus kurzfristigen Interessen oder aus reiner Bequemlichkeit, nicht bereit sind zu tun, werden wir morgen mit 100-fachen Kosten tun müssen, wenn wir es noch tun können.

Viele Menschen bei uns und in unseren Nachbarländern setzen deshalb große Hoffnungen in die zur Zeit stattfindende Umweltkonferenz in München. Wir hoffen alle, daß die Teilnehmer dieser Umweltkonferenz ein Programm vorlegen. Die Bundesregierung muß auch darauf drängen, daß ein Fahrplan entwickelt wird, in dem deutlich wird, wie Schritt für Schritt der Vernichtung der Umwelt entgegengewirkt werden kann.

In den besonders betroffenen Gebieten Bayerns haben wir auch deshalb besondere Probleme, weil der Bundesminister des Äußeren, Herr Genscher, bisher ohne Nachdruck Verhandlungen mit unseren Nachbarn geführt hat und weil die Bundesregierung mit der DDR kein Konzept erarbeitet hat, obwohl die DDR ihr Interesse überdeutlich signalisiert hat und schließlich, weil der Bundesinnenminister trotz guter Ansätze konkretes Handeln vermissen läßt.

Die Opposition stiehlt sich nicht aus ihrer Verantwortung - die auch aus ihrer eigenen Regierungszeit resultiert - und sie sieht die zunehmenden Probleme. Deshalb haben wir Vorschläge unterbreitet, bei denen deutlich wird, daß die Bundesregierung mit unserer Unterstützung auch bei unpopulären Maßnahmen rechnen kann. In diesem Bewußtsein sollte sie bei der Umweltkonferenz auftreten. (-/27.6.1984/ks/rs)

+ + +

